

reagieren – und erhoffen für dieses Jahr noch ein kleines Wachstum.

Andere EU-Neumitglieder lehnen solche Hilfsprogramme bisher ab – sie könnten allerdings auch kaum das Geld dafür aufbringen. „Konjunkturprogramme erhöhen die Schulden, und das verpufft dann sehr schnell“, beschreibt Vratislav Kulhánek die im Osten weitverbreitete Haltung.

Der Tscheche war Spitzenmanager bei Škoda, bevor er sich als Wirtschaftsberater in Prag selbständig machte. „Der Staat kann die Wirtschaft nicht wirklich steuern, das haben wir in 40 Jahren Kommunismus gründlich gelernt.“ Allerdings räumt er ein, dass Tschechien von der deutschen Verschrottungsprämie profitiert. Tatsächlich freut sich die VW-Tochter Škoda, dass sie im Februar mit 9190 Fabia-Modellen fast dreimal so viele Autos dieses Typs in Deutschland verkauft hat wie im Januar.

Doch das ist ein Ausnahmebeispiel: Voller Misstrauen blicken viele Beitrittsländer auf die westlichen Konjunkturprogramme und wittern Protektionismus. Anfang Februar lieferten sich die Regierungen von Tschechien und Frankreich Wortgefechte. Präsident Nicolas Sarkozy hatte seiner Autoindustrie Hilfe versprochen – aber nur, wenn sie künftig alles im Land produzieren und nicht nach Tschechien verlagern würde. Tschechiens Regierungschef Mirek Topolánek bezeichnete schuldenfinanzierte Konjunkturlösungen noch in der vorigen Woche als „tödliche Idee“.

Selbst ein so sanfter Mann wie der polnische Premier Donald Tusk wird schärfer im Ton, wenn er deutsche und französische Krisenpolitik kommentieren soll: „Die größte Gefahr sehen wir in einer bröckelnden Solidarität in Europa, im Anwachsen des nationalen Egoismus“, sagte er dem SPIEGEL. Es drohe die Gefahr einer „faktischen Spaltung“.

Jahrelang hatte der Westen den östlichen Aspiranten einen harten Privatisierungskurs auferlegt. Das war die Voraussetzung, um dem exklusiven Brüsseler Club 2004 beitreten zu dürfen. Umso mehr irritiert im Osten, dass jetzt der Westen, einst Lehrmeister in Sachen Kapitalismus, die Krise mit Verstaatlichungen und Staatskrediten niederkämpfen will. Sie hätten die jahrzehntelange Dauerkrise des Kommunismus überwunden, weil „wir 20 Jahre lang sehr hart gearbeitet haben“, sagt Tusk: „Daran glauben wir zutiefst.“

Die Frage ist, ob dieser Glaube bei seinen Landsleuten wirklich unerschütterlich ist – wenn der Zloty weiterhin sinkt, die Zahl der Bankrotten und der Beschäftigungslosen dagegen steigt. Die Regierung in Prag jedenfalls hat allen marktliberalen Bekenntnissen zum Trotz letzte Woche selbst ein, allerdings eher kleines, Hilfspaket für eine notleidende Industrie verabschiedet: Die Arbeiter in der traditionsreichen böhmischen Glasindustrie hatten schon seit Monaten keinen Lohn mehr erhalten.

JAN PUHL



Vorrückende russische Panzer 2008

DMITRY LOVETSKY / AP

GEORGIEN

## Welke Rosen

Eine EU-Kommission, die den Ablauf des Kaukasus-Kriegs untersucht, bringt Staatschef Saakaschwili in schwere Bedrängnis.

Der bullige General, der in jener Sommernacht Weltgeschichte schrieb, war kein Experte für völkerrechtliche Feinheiten. Als aber Mamuka Kuraschwili am 7. August 2008 in ordnungsgeschmückter Uniform vor die Fernsehkameras seines Heimatlands trat, zeigte sich der Kommandeur der bis dahin in Südostgeorgien stationierten georgischen Friedenstruppen überraschend versiert in juristischen Begründungen für den Angriff auf die Provinz, die sich Anfang der neunziger Jahre vom Mutterland losgesagt hatte.

Georgien habe nunmehr beschlossen, „in der gesamten Region die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen“, verkündete Kuraschwili. Das Wort des Generals stand am Beginn eines Fünf-Tage-Kriegs zwischen Russland und Georgien, der rasch zur gefährlichsten Konfrontation zwischen Ost und West seit dem Ende des Kalten Kriegs eskalierte. Jäh führte der Konflikt Europa vor Augen, dass ein Waffengang mit der Großmacht Russland auf dem eigenen Kontinent nicht länger undenkbar war.

Zwar gelang es der Europäischen Union durch das entschlossene Krisenmanagement des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, einen schnellen Waffenstillstand zu vermitteln. Doch nach wie vor fehlt den Europäern eine Langzeitstrategie für die explosive Region, weshalb der Ministerrat der Union erst einmal eine

Kommission einrichtete. Diplomaten, Militärs, Historiker und Völkerrechtler untersuchen seit Dezember, wie es zum Ausbruch des Kriegs kommen konnte. Und die Experten wurden fündig.

Nach SPIEGEL-Informationen nimmt der Fernsehauftritt von General Kuraschwili bei den Ermittlungen eine Schlüsselrolle ein. Die Äußerungen des Militärs sind ein Indiz dafür, dass Georgiens Präsident Micheil Saakaschwili nicht eine „russische Aggression“ abwehrte, wie er bis heute behauptet, sondern einen Angriffs-krieg anzettelte.

Denn Kuraschwili zitierte womöglich aus dem georgischen Befehl Nr. 2 vom 7. August, einem Dokument, das die Frage



Präsident Saakaschwili  
Verräterische Wortwahl

IRAKLI GEGENIDZE / DPA

beantworten könnte, wer diesen Krieg begonnen hat. Als die Kommission in Moskau den russischen Generalstabsvize Anatolij Nogowizyn befragte, las der aus ebendiesem Befehl vor. Auch darin, so Nogowizyn, sei die Formulierung von der „Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung“ enthalten. Wäre der Befehl authentisch, den russische Geheimdienstler abgefangen haben wollen, so wäre Saakaschwili als Lügner überführt.

Die georgische Regierung weigert sich bis heute, der Kommission das umstrittene Dekret zu zeigen. Das sei ein Staatsgeheimnis, heißt es in Tiflis.

Vor allem auf die womöglich verräterische Wortwahl des politischen Führungspersonals richtet sich das Interesse der EU-Ermittler. „Der größte Teil des Territoriums von Südossetien ist befreit“, hatte Präsident Saakaschwili, ein studierter Völkerrechtler, noch am 8. August um 12.20 Uhr verkündet und „separatistische Rebellen“, also südossetische Milizen, für die Kämpfe verantwortlich gemacht.

Vier Tage nach Kriegsbeginn aber – das russische Militär hatte die georgische Armee inzwischen aus Südossetien vertrieben und stand nur noch knapp 50 Kilometer von der Hauptstadt Tiflis entfernt – behauptete der Staatschef überraschend, er habe am Abend des 7. August gegen 22 Uhr erfahren, dass die Russen mit 150 Panzern durch den Roki-Tunnel vordringen würden, der Südossetien und das zu Russland gehörende Nordossetien verbindet.

Da habe er „keine Wahl mehr“ gehabt. Nicht länger um Befreiung, sondern um eine Art Notwehr ging es auf einmal.

Tatsächlich hatte die georgische Führung, wie die westlichen Beobachter vermerkten, schon am Morgen des 7. August 12 000 Soldaten und 75 Panzer an der Grenze zu Südossetien zusammengezogen. Und Saakaschwili hatte in einem erst am 9. August veröffentlichten Dekret, das die allgemeine Mobilmachung in Kraft setzte, das Vordringen russischer Truppen durch den Roki-Tunnel auf den 8. August datiert, also auf einen Zeitpunkt nach der georgischen Attacke.



**General Kurashvili**  
Marschbefehl als Staatsgeheimnis

Solchen Widersprüchen geht die Kommission nach, die in den vergangenen Wochen in Tiflis wie zuvor in Moskau hohe Offiziere und Politiker befragte. Aber auch bei russischen Militärs wie bei deren Verbündeten in Südossetien bekamen die EU-Vertreter häufig unklare Antworten.

Massiv tadeln die EU-Rechercheure beispielsweise, wie Südosseten von Georgiern besiedelte Dörfer, die auf dem Gebiet ihrer abtrünnigen Republik liegen, niederbrannten und die Bewohner vertrieben, ohne dass russische Soldaten ihnen Einhalt geboten hätten.

Kritisch wird der Kommissionsbericht, der im Frühsommer vorgelegt werden soll, voraussichtlich anmerken, dass Russland jahrelang die Einwohner Südossetiens mit russischen Pässen versorgte. Völkerrechtler sehen darin eine Einmischung in die inneren georgischen Angelegenheiten. Dennoch scheinen die EU-Ermittlungen Tiflis mehr ins Bedrängnis zu bringen als Moskau.

Wie nervös die Umgebung des georgischen Präsidenten auf die unabhängige Kommission reagiert, demonstrierte Temur Jakobaschwili, „Minister für die Reintegration“ der abtrünnigen Provinz. Der Saakaschwili-Vertraute macht Stimmung gegen den EU-Ausschuss und dessen angeblich vom Moskauer Energiekonzern Gazprom finanzierten Experten – ein Vorwurf, den die Kommission strikt zurückweist.

Die Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini, von 2002 bis 2006 Sondergesandte des Uno-Generalsekretärs in Georgien und Abchasien, leitet das Gremium. Ihr Stellvertreter ist Uwe Schramm, ein ehemaliger deutscher Botschafter in Georgien. Der frühere Außenminister Joschka Fischer berät die Kommission.

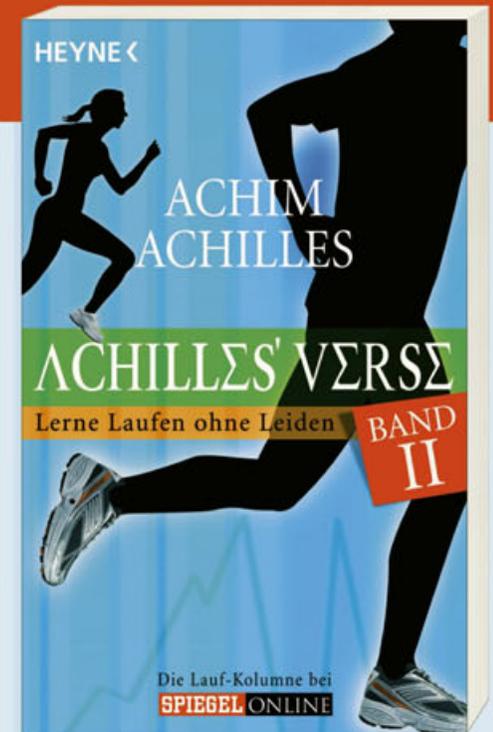
Die Recherchen der EU-Repräsentanten gelten in Tiflis bereits heute, lange vor ihrer Veröffentlichung, als politisch besonders heikel, weil immer mehr ehemalige Weggefährten Saakaschwilis dem autoritären Staatschef die Schuld am Krieg anlasten und seinen Rücktritt fordern.

Zum Wortführer der Opposition hat sich Irakli Alasania aufgeschwungen, der während des Kaukasus-Kriegs Botschafter bei der Uno war und mit dem Stab des neuen US-Präsidenten Barack Obama bestens vernetzt ist. Zu den Saakaschwili-Gegnern gehören ein Ex-Premier, eine frühere Außenministerin, ein ehemaliger Verteidigungsminister und die einstige Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse, die 2003 gemeinsam mit Saakaschwili die „Rosen-Revolution“ angeführt hatte.

Nun wollen Saakaschwilis Mitstreiter von damals erneut das Volk mobilisieren und, wie sechs Jahre zuvor, auf dem Rustaweli-Boulevard zum Sturz des amtierenden Präsidenten aufrufen. Die akribischen Untersuchungen der EU-Kommission kommen ihnen sehr gelegen. UWE KLUSMANN

## Der neue ACHIM ACHILLES

Er läuft und läuft und läuft ...



224 Seiten · € 7,95 [D] · ISBN 978-3-453-60094-2



Vom Martyrium des Tempotrainings bei pfeifender Lunge bis hin zu nächtlichen Fressattacken.

Schonungslos fröhlich sezziert Deutschlands bekanntester Freizeitsportler in seinem neuen Kolumnen-Band den Irrsinn der schönsten Hauptsache der Welt.

»Achim Achilles stählt die Bauchmuskeln durch Lachen – Muskelkater garantiert!«  
Jan Frodeno, Triathlon-Olympiasieger

**Achim Achilles' Kolumnen sind Kult, seine Bücher Bestseller:**

**Achilles' Verse Band I**  
€ 7,95 [D] · ISBN 978-3-453-60034-8

**Achilles' Laufberater**  
€ 7,95 [D] · ISBN 978-3-453-60055-3

**Das Walker-Hasser-Manifest**  
€ 6,95 [D] · ISBN 978-3-453-60071-3

Überall, wo es Bücher gibt!

SPIEGEL ONLINE

heyne.de  
HEYNE <